

SVP und FDP dominieren die Kommissionen

Bürgerliche Mehrheit im neuen Landrat setzt sich an der ersten Sitzung der Fraktionspräsidenten durch

Von Thomas Dähler

Liestal. An der Sitzung zur Verteilung der landrätlichen Kommissionssitze haben die Fraktionspräsidenten einen ersten Vorgeschmack erhalten, wie der neue Landrat funktionieren wird. In den wichtigsten Kommissionen erhalten SVP und FDP zusammen die absolute Mehrheit. Das Nachsehen haben vor allem die kleinen Parteien. Die Fraktion der Grünliberalen und Grünen-Unabhängigen mit Bildungspolitiker Jürg Wiedemann wurde bei der Besetzung der Bildungscommission übergeben. Und die mit dem neuen Landratsgesetz gewonnene Macht der Kleinen in der Geschäftsleitung des Landrats soll gleich wieder korrigiert werden – mit einer Parlamentarischen Initiative.

Die neue freisinnige Bildungsdirektorin Monica Gschwind wird es in der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission (BKSK) des Landrats einfacher haben als ihr sozialdemokratischer Vorgänger Urs Wüthrich: SVP und FDP sorgen mit 7 von 13 Kommissionssitzen dafür, dass der bildungspolitische Kurswechsel in der Kommission umgesetzt werden kann, auch wenn ein SP-Vertreter das Kommissionspräsidium übernehmen wird. Einziger Wermutstropfen: Jürg Wiedemann, Kopf des Komitees Starke Schule und Mitglied der neuen Fraktion der Grünliberalen und Grünen-Unabhängigen, ist nicht dabei. Seine Fraktion ging ausgerechnet bei der Bildungspolitik leer aus – sie musste sich als kleinste Fraktion an der Sitzung mit dem bescheiden, was noch übrig blieb. Dies sei zwar nicht explizit beabsichtigt gewesen, war zu erfahren, aber in Anbetracht der neuen Mehrheitsverhältnisse unvermeidlich.

Harmos-Debatten im Plenum

In der bevorstehenden Legislaturperiode wird der Ausschluss Wiedemanns in der Bildungscommission nicht ohne Folgen bleiben. Die entsprechenden Auseinandersetzungen werden jetzt im Plenum statt in der Kommission stattfinden. Trotz der Unterstützung des Komitees Starke Schule im Wahlkampf für Monica Gschwind ist nämlich absehbar, dass es auch künftig Auseinandersetzungen über die Umsetzung von Harmos oder über die Ausbildung der Lehrkräfte geben wird. Und neben der Volksschule werden auch die Hochschulen und die Kultur für Zoff sorgen.

Bei der Besetzung der Kommissionspräsidien ist darüber hinaus bemerkenswert, dass auch in der neuen Legis-



Ohne Kommissionssitz. Jürg Wiedemann bleibt der Landratssaal für seine bildungspolitischen Bekenntnisse. Foto Lucian Hunziker

laturperiode die Geschäftsprüfungskommission von der SVP präsiert wird – aller Voraussicht nach weiterhin von Landrat Hanspeter Weibel. In der Finanzkommission hingegen wechselt das Präsidium von der SP zur SVP. Von Brisan ist ausserdem das Präsidium der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission, das neu die Grünen übernehmen. Die Grünen kritisieren seit Jahren die offizielle Gesundheitspolitik des Kantons, die in Anbetracht der verheerenden finanziellen Auswüchse alles andere als erfolgreich war. Die weiteren Präsidien wurden wie folgt verteilt: Bau- und Planungskommission SP, Umweltschutz- und Energiekommission CVP, Justiz- und Sicherheitskommission FDP, Personalkommission FDP, Petitionskommission SVP.

Neu wird in der bevorstehenden Legislaturperiode auch das Landratsgesetz sein, zu dem die Stimmberechtigten

letzten Herbst ihre Zustimmung gegeben haben. Mit dem Gesetz werden insbesondere ein zweites Vizepräsidium sowie eine andere Zusammensetzung des Büros beziehungsweise neu der Geschäftsleitung eingeführt. Dabei werden erstmals seit Langem wieder die kleinen Parteien im Präsidium berücksichtigt. Franz Meyer (CVP) wird Landratspräsident. Vorgesehen ist, dass die Grünen und die EVP die beiden Vizepräsidien besetzen. Für diese beiden Ämter infrage kommen könnten die grüne Landrätin Marie-Theres Beeler und EVP-Landrätin Elisabeth Augstburger.

Parlamentarische Initiative

Weil das Präsidium und die Fraktionspräsidenten neu die Geschäftsleitung bilden, wird die Fraktion Grüne/EVP dort voraussichtlich mit drei Sitzen vertreten sein, die SVP als grösste Fraktion jedoch mit nur einem Sitz. Dass

dies nicht unproblematisch ist, haben die Fraktionspräsidenten unterdessen erkannt, wie Dominik Straumann, Präsident der SVP-Fraktion, bestätigt. Vorgesehen ist deshalb, das neue Landratsgesetz gleich wieder zu ändern.

Die durch die Besetzung des Präsidiums bedingte ungewöhnliche Macht der Kleinen in der Geschäftsleitung wäre ohnehin begrenzt: Der Landrat könnte etwa ihm nicht genehme Traktandenlisten per Mehrheitsentscheid anpassen. Mit einer breit abgestützten Parlamentarischen Initiative soll deshalb jetzt festgeschrieben werden, dass alle Fraktionen in der Geschäftsleitung zu gleichen Teilen mitbestimmen können. Am 21. Mai wird diese Initiative eingereicht. Straumann erklärte der BaZ, man sei sich einig, dass die Stärkeverhältnisse in der Geschäftsleitung nicht vollkommen von den Parlamentsmehrheiten abweichen sollen.

Kommentar

Gefährliches Spiel

Von Thomas Dähler

Die Aufteilung der Kommissionssitze und -präsidien für die neue Legislaturperiode des Parlaments ist nachvollziehbar und vertretbar.

Dass mit Jürg Wiedemann der umtriebige Parlamentarier in seiner wichtigsten Domäne nicht in die Kommissionsarbeit eingebunden wird, ist jedoch ein Betriebsunfall, der einen Schatten auf die Arbeit des neuen Parlaments legt. Wiedemann hat schon in der Vergangenheit bewiesen, dass er Volksabstimmungen gegen Regierung und Parlament gewinnen kann. Wer glaubt, die Verbannung des umstrittenen Politikers aus der Bildungscommission trage zu einem einvernehmlicheren Klima bei, dürfte sich irren.

Sicher: Die Bürgerlichen und das Komitee Starke Schule sind sich bildungspolitisch in vielem einig. Doch der Wahlkampf des bürgerlichen Regierungstickets hat erkennen lassen, dass es Differenzen gibt. Vor allem die beiden Initiativen für den Harmos-Austritt und für besser qualifizierte Lehrkräfte schiessen über das Ziel hinaus. Und jeder noch so vernünftige Kompromiss, den die Bildungscommission in diesen Fragen schliesst, lässt Wiedemann und das Komitee Starke Schule aussen vor. Damit droht der bürgerlichen Mehrheit und Bildungsdirektorin Monica Gschwind ein gefährliches Szenario: eine wüste Auseinandersetzung um den beim Volk möglicherweise mehrheitsfähigen Harmos-Austritt.

thomas.daehler@baz.ch



Zur defizitären Staatsrechnung

Sieben Vorschläge für einen finanziell gesunden Kanton

Von Gerhard Schafroth



Baselland ist einer der zehn wirtschaftlich stärksten Kantone der Schweiz. Trotz dieser hervorragenden Ausgangslage sind manche Steuern im Baselland im Vergleich zu anderen Kantonen sehr hoch und unsere Schulden explodieren förmlich. Einen vorläufigen Höhepunkt des Versagens der kantonalen Finanzpolitik stellt das Defizit 2014 von 121 Millionen Franken dar.

Regierungsrat und Parteien sind ratlos. Finanzdirektor Lauber beschäftigt sich seit Amtsbeginn mit der «Stärkung der finanziellen Steuerung», obwohl dieses Projekt die Finanzlage des Kantons kaum verbessern kann. Wegen des Defizits will er nun ein noch grösseres Sparpaket als die bisherigen durchboxen. Dies obwohl er weiss, dass Sparpakete in der Vergangenheit trotz grossem Engagement das finanzielle Gleichgewicht im Kanton nicht herstellen konnten. Im Raum stehen Vorschläge wie Steuererhöhung, linearer Personalabbau, lineare Ausgabenkürzungen und Leistungsabbau.

Diese Vorschläge überzeugen aus folgender Überlegung nicht: Wenn zahlreiche andere Kantone trotz kleine-

rer Wirtschaftskraft mit weniger Steuern mindestens so gute Leistungen erbringen wie Baselland und sich dennoch nicht derart verschulden, muss das auch bei uns möglich sein. Die Ursache unserer Probleme liegt somit nicht bei zu umfangreichen Leistungen des Kantons, sondern darin, dass Baselland in der Vergangenheit schlechter geführt worden ist als andere Kantone. In dieser Situation brauchen wir vor allem eine bessere Staatsführung und eine effizientere Verwaltung. Dazu ein paar konkrete Vorschläge:

1. Einführung einer aussagefähigen langfristigen Finanzplanung: So wurden die drei Grossprojekte H2 im Ergolzthal, Eggfluchtunnel bei Grellingen und der Umfahrungstunnel Sissach beschlossen, ohne dass die damit verbundenen Folgekosten für Unterhalt und Erneuerung von durchschnittlich 20 bis 30 Millionen Franken pro Jahr eingeplant wurden. Das Gleiche gilt für die soeben beschlossene Umfahrung Allschwil. Wichtige kantonale Beschlüsse erfolgen heute im finanziellen Blindflug.

2. Ehrlichkeit statt Schönreden: Unter dem Motto: «Auf das Beste hoffen, das Schlimmste vorbereiten» ist die Finanzplanung so robust auszugestalten, dass künftig nur noch bei wirklich extremen Situationen Defizite resultieren. Wirtschaftszyklen, Währungsschwankungen, demografische Entwicklungen sind darin zu berück-

sichtigen. Dies ist die beste Grundlage für eine künftig seriösere kantonale Finanzpolitik mit sachlich überzeugenderen Entscheidungen.

3. Kanton als Dienstleistungsorganisation: Die heutige kantonale Verwaltung ist eine Organisation, der Aufgaben übertragen werden und die dafür die gewünschten Ressourcen an Personal und Geld erhält. Würden wir die kantonale Verwaltung in eine Organisation umgestalten, welche bestimmte Dienstleistungen in vorgegebener Qua-

Viele kantonale Angestellte arbeiten unter einer ungenügend qualifizierten Leitung.

lität zu einem vorgegebenen (wenn möglich marktüblichen) Preis erbringt, könnte die Effizienz rasch, nachhaltig und tiefgreifend verbessert werden. Nebenwirkungen: Auf teure und wirkungslose Leistungen wird verzichtet (Beispiel: Fachbereich Familien) und ineffiziente Abteilungen werden abgespeckt und reorganisiert (Beispiel: Schulverwaltung).

4. Trägerschaft an Hochschulen beenden: Für Baselland ist es von sehr hoher Bedeutung, dass unsere Jungen in sehr guten Hochschulen ausgebildet werden. Dafür ist es jedoch nicht not-

wendig, dass Baselland selber als Träger an Hochschulen beteiligt ist. Die Ausbildungsdienstleistung können wir – wie die meisten anderen Kantone auch – zu bester Qualität viel günstiger einkaufen als sie selber produzieren.

5. Keine Subventionen mehr an die Kantonbank: Es gibt keine sachliche oder wirtschaftliche Rechtfertigung dafür, dass die Steuerzahler die Kantonbank durch die viel zu günstige Staatsgarantie, den Verzicht auf die Gewinn- und Kapitalsteuer sowie einen 50-Prozent-Dividendenverzicht (2014: 42 Millionen) subventionieren.

6. Das Kantonsspital Baselland wirklich verselbstständigen: Es gibt keine sachliche Rechtfertigung dafür, das Kantonsspital auf dem Gesundheitsmarkt besser zu stellen als seine Konkurrenten. Das heisst: keine höhere Baserate mehr als für die Privatspitäler. Das muss auch für die von Baselland in Basel-Stadt eingekauften Spitalleistungen gelten.

7. Höhere Qualität der leitenden Kantonsangestellten: Viele kantonale Angestellte arbeiten heute engagiert und effizient – aber unter einer ungenügend qualifizierten Leitung. Der Regierungsrat wird aufgefordert, hier seine Verantwortung rasch aktiv wahrzunehmen.

Der Liestaler Gerhard Schafroth (57) ist Landrat der Grünliberalen und gehört der Finanzkommission an.

Nachrichten

Jugendliche wird bei Reitunfall verletzt

Diegten. Bei einem Ausritt stürzte am Sonntagnachmittag eine 15-jährige Reiterin vom Pferd und zog sich dabei diverse Verletzungen zu, wie die Polizei mitteilt. Nach der Erstversorgung durch die Sanität wurde die Reiterin mit dem Helikopter ins Spital gebracht. Über die Umstände des Unfalls ist noch nichts bekannt.

Fahrschülerin lenkt Auto bei Lernfahrt in Garten



Lausen. Eine 35-jährige Fahrschülerin geriet am späten Sonntagabend bei einer Lernfahrt in Lausen auf Abwege. Sie verlor in der Brühlstrasse die Kontrolle über ihr Auto, kam von der Strasse ab, durchschlug einen Gartenzaun und blieb in einem Garten stehen. Verletzt wurde gemäss Polizeimitteilung niemand. Das Auto musste aus dem Garten abgeschleppt werden.